

Medienmitteilung vom 31. März 2022

Energiedirektorenkonferenz diskutiert aktuelle Lage der Versorgungssicherheit und verabschiedet Stellungnahme zum CO₂-Gesetz

Die Konferenz der Kantonalen Energiedirektorinnen und Energiedirektoren (EnDK) diskutierte an Ihrer Plenarversammlung in Bern mit Bundesrätin Sommaruga über die aktuellen Herausforderungen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit von Strom und Gas. Die Kantone sind bereit, den Bund hierbei im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. Gleichzeitig fordert die EnDK den Bundesrat auf, Verhandlungen über ein technisches Stromabkommen mit der EU aufzunehmen. Die Schweiz leistet einen wesentlichen Beitrag zur Netzstabilität in Europa. Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine eröffnen sich aus Sicht der EnDK Chancen, mit der EU ein solches Abkommen abzuschliessen.

Die EnDK hat zudem ihre Stellungnahme zur Vernehmlassung des CO₂-Gesetzes verabschiedet. Sie unterstützt die Vorlage des Bundesrates und insbesondere die Erhöhung der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe. Allerdings fordert die EnDK, dass der Deckel von 420 Millionen Franken beim Gebäudeprogramm wegfällt, so dass die zusätzlichen Einnahmen auch wirklich für die energetische Sanierung von Gebäuden und den Ersatz fossiler und Elektro-Heizungen zur Verfügung stehen.

Die Konferenz der Kantonalen Energiedirektorinnen und Energiedirektoren (EnDK) hat sich heute in Bern zur Plenarversammlung getroffen. Sie hat sich mit Bundesrätin und UVEK-Vorsteherin Simonetta Sommaruga über die aktuell kritische Situation auf den Energiemärkten ausgetauscht. Die EnDK ist bereit, den Bund bei der Sicherstellung der Versorgungssicherheit im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. Die EnDK begrüsst zudem die Pläne des Bundesrates, für Notsituationen Reserve-Gaskraftwerke vorzusehen. Die Energiedirektorinnen und Energiedirektoren betonen jedoch, dass solche Gaskraftwerke wirklich nur als Versicherungslösung für Notfälle dienen dürfen. "Es gilt klar zu verhindern, dass diese Kraftwerke im Dauerbetrieb laufen und den Ausbau der Erneuerbaren konkurrenzieren", sagte EnDK-Vorstandsmitglied Roberto Schmidt, der den krankheitshalber abwesenden Präsidenten Mario Cavigelli vertrat.

Verhandlungen mit der EU über ein rein technisches Stromabkommen aufnehmen

Daneben begrüsst die EnDK die Aktivitäten des Bundesrates zur unmittelbaren Sicherstellung der Versorgungssicherheit, insbesondere die Schaffung einer Energiereserve sowie die gemeinsamen Bemühungen mit der Gasbranche, die Gasversorgung für nächsten Winter sicherzustellen. Schmidt betonte jedoch, dass hierbei auch das Gespräch auf höchster Stufe mit der EU und mit den Regierungen der Nachbarländer gesucht werden muss. "Die Schweiz kann die Energieversorgung nicht im Alleingang gewährleisten", so das EnDK-Vorstandsmitglied.

In diesem Zusammenhang appellierte er auch an den Bundesrat, zeitnah Verhandlungen mit der EU aufzunehmen, um ein rein technisches Stromabkommen – vorerst ohne Marktzugang – abzuschliessen. Ein solches sei im gemeinsamen Interesse, da die Schweiz einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Netzstabilität leiste. So habe Swissgrid etwa eine tragende Rolle gespielt bei der Integration des ukrainischen Stromnetzes ins kontinentaleuropäische Netz. Die Schweiz habe zudem mit ihrer Speicherwasserkraft Alternativen zu bieten für europäische Spitzenlast-Gaskraftwerke, die mit russischem Gas betrieben würden.

Mehr Mittel aus der CO₂-Abgabe für energetische Sanierungen und den Heizungsersatz

Die Energiedirektorinnen und Energiedirektoren verabschiedeten zudem die Stellungnahme zum neu aufgelegten CO₂-Gesetz. Sie unterstützen dabei die Vorschläge des Bundesrates, insbesondere auch die Erhöhung der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe. Die zusätzlichen Mittel, die dadurch mindestens für die kommenden Jahre zur Verfügung stehen, sollen jedoch auch wirklich dem Gebäudeprogramm von Bund und Kantonen zu Gute kommen. Deshalb fordert die EnDK, den im Gesetz vorgeschlagenen Deckel von 420 Millionen Franken pro Jahr aufzuheben. Die zusätzlichen Einnahmen stehen somit für die Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden und den Ersatz fossiler und Elektro-Heizungen zur Verfügung.

Auskunft erteilt:

Regierungsrat Dr. Mario Cavigelli, Präsident der EnDK

Tel: 081 257 36 01 (zu Bürozeiten)

Email: mario.cavigelli@diem.gr.ch (jederzeit; inkl. telefonischer Rückruf, soweit erwünscht)

Jan Flückiger, Generalsekretär der EnDK

Tel: 031 320 30 08

Email: jan.flueckiger@endk.ch

MuKE 2014: Stand der Umsetzung

18 Kantone haben ihre kantonalen Energiegesetze erfolgreich revidiert. In zwei Kantonen läuft die Sammelfrist für das fakultative Referendum (BE, AR) und in vier Kantonen befinden sich die Vorlagen in der parlamentarischen Phase (GE, UR, ZG, VS). Zwei Kantone benötigen einen neuen Anlauf (SO, AG).

Die EnDK – das Energie-Kompetenzzentrum der Kantone

Die EnDK ist das gemeinsame Energie-Kompetenzzentrum der Kantone. Sie fördert und koordiniert die Zusammenarbeit der Kantone in Energiefragen und vertritt die gemeinsamen Interessen der Kantone. Der EnDK ist die Energiefachstellenkonferenz (EnFK) angegliedert, welche fachtechnische Fragen behandelt. Die EnDK will den Energiebedarf im Gebäudebereich, insbesondere in bestehenden Bauten senken, den verbleibenden Bedarf mittels Abwärme und erneuerbaren Energien decken und eine föderalistische Energiepolitik mit hoher Akzeptanz verfolgen. Die Konferenz wird durch Regierungsrat Dr. Mario Cavigelli, Vorsteher des Departements für Infrastruktur, Energie und Mobilität und derzeit Regierungspräsident des Kantons Graubünden, präsiert.